

28. Mai 2020

„The Land of (In) Equality – Wie Corona die Ungleichheiten in US-amerikanischen Städten verstärkt“ – Ulrike Gerhard und Judith Keller

Anja Schüler: Herzlich willkommen zu dieser Ausgabe von „Corona in den USA“. Mein Name ist Anja Schüler, und ich freue mich über Ihr Interesse am Podcast des Heidelberg Center for American Studies der Universität Heidelberg. Heute habe ich zwei Geografinnen zu Gast, mit denen ich über die Auswirkungen der Coronaepidemie auf die amerikanischen Großstädte sprechen möchte. Ulrike Gerhard ist Professorin für Humangeographie, stellvertretende Direktorin des HCA und leitet das Reallabor Urban Office – Nachhaltige Stadtentwicklung in der Wissensgesellschaft. Ihre Forschungsgebiete liegen vor allem im Bereich der Stadtgeographie. Judith Keller ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Geografie. Im Focus ihrer Forschung steht das Thema „Wohnen in nordamerikanischen Großstädten“.

Wir haben ja in den letzten Wochen immer wieder darauf hingewiesen, dass die USA sich zum Zentrum der globalen Pandemie entwickelt haben, und amerikanische Großstädte sind besondere Brennpunkte der Krise. Mehr als jedes fünfte amerikanische Todesopfer von Covid-19 stammt aus New York City, wo in Teilen der Upper East Side bis zu 40 Prozent der Bewohner die Stadt verlassen haben; viele davon sind vor dem Virus in ihre Zweitwohnsitze geflüchtet. Stadtteile wie die Bronx, in denen besonders viele Afroamerikaner oder Latinos leben, verzeichnen dagegen enorme Sterberaten. Ähnliche Muster gibt es auch in anderen US Metropolen. Diese sozialen Ungleichheiten wollen wir heute in den Blick nehmen.

Herzlich willkommen zum HCA Podcast, Ulrike und Judith. Vielleicht können wir zunächst einmal darüber sprechen, was Ihr als Stadtgeografinnen in den USA untersucht. Was konntet Ihr dort bei Euren Forschungsaufenthalten in den letzten Jahren beobachten?

Ulrike Gerhard: Einerseits beobachten wir boomende Innenstädte, eine Attraktivitätssteigerung der Städte gegenüber dem Umland (die sogenannte Reurbanisierung), sowie neue, auch nachhaltige Verkehrskonzepte. So haben einige Städte, von Milwaukee über Detroit bis Atlanta, eine Straßenbahn wiedereingeführt und Fahrradwege eröffnet. Die Innenstädte werden also attraktiver, oder auch weniger „amerikanisch“, wie vielleicht manche sagen würden, die bei amerikanischen Städten immer nur an Verkehrsstau und langweilige Finanzdistrikts denken. Dabei werden in den letzten Jahren die Innenstädte gar zu einem

Milliardengeschäft, das Touristen wie Bewohner anzieht. Zum Beispiel die neuen Hudson Yards in New York, das größte Immobilienprojekt der USA, in dem 55.000 neue Arbeitsplätze und zahlreiche Wohnungen der Superlative entstanden sind. Das Projekt wird in der New York Times daher auch als “Fantasiestadt für Milliardäre” bezeichnet.

Judith Keller: Zugleich aber gibt es viele Stadtbewohner*innen, denen es – auch schon vor Corona, nun aber erst Recht – ganz anders geht, die aus ihren Wohnungen verdrängt, in das Umland abgeschoben, oder gar in die Obdachlosigkeit entlassen werden, da sie ihre Miete nicht mehr bezahlen können. Arbeitslosigkeit ist dafür eine der Hauptgründe, die jetzt, in Zeiten von Covid-19, auf beängstigende 30 Millionen angestiegen ist, und das ist nur die offizielle Statistik. Wieviel Menschen wirklich durch die Pandemie ihren Job verloren haben oder noch verlieren werden, ist noch gar nicht abzuschätzen, denn viele arbeiten in Gelegenheitsjobs in der Gastronomie, der Hotellerie oder dem Entertainmentsektor. Das Thema “evictions”, also die Zwangsräumung aus den eigenen vier Wänden, ist eine ganz zentrale Herausforderung in den USA und beschreibt eine Wohnraumkrise, die wir uns in diesem Ausmaß in Deutschland gar nicht vorstellen können. Zwar steigen auch hier die Wohnungspreise in vielen Städten immer stärker an, aber es gibt immerhin noch Wohnraum und die Menschen werden nicht einfach auf die Straße gesetzt, wie es Hunderttausende von Amerikanern, auch Familien mit Kindern, erleben. Es gibt also disparate Entwicklungen in den USA, die sich als zunehmende Ungleichheiten insbesondere in den Städten räumlich und sozial niederschlagen und nun durch den Ausbruch von Corona besonders zutage treten.

Anja Schüler: Nun steht in der deutschen Berichterstattung besonders die Stadt New York im Mittelpunkt. Wie bewertet Ihr die Situation dort?

Ulrike Gerhard: Ja, in Deutschland hören wir viel darüber wie das Virus die Stadt New York in Beschlag genommen hat. Dort ist die Zahl der Infizierten und der Todesfälle am höchsten und nimmt dramatische Ausmaße an. Hier sind fast 200.000 Menschen an Corona erkrankt, fast 20.000 sind daran gestorben. Das sind nahezu dreimal so viele wie in ganz Deutschland zusammen (und die Einwohnerzahl von NYC liegt bei 9 Mio. im Vergleich zu 80 Mio. in Deutschland). Und doch müsste man eigentlich sehr viel differenzierter darauf schauen. Denn es wird in den Nachrichten meist ganz allgemein von New York gesprochen, worunter sich dann die meisten Manhattan oder auch Brooklyn vorstellen. Doch die wirklich schwer betroffenen Viertel sind nicht diese weltbekannten Stadtteile, sondern die Bronx und Queens. Hier leben vor allem ärmere Bevölkerungsschichten und die afro-amerikanische und Latino

Bevölkerung. Beispielsweise liegt das Medianeinkommen in der Bronx bei 38.476 Dollar wobei es in Manhattan mit 82.459 Dollar mehr als doppelt so hoch ist. Also, auch hier zeigt sich schon: die Auswirkungen des Virus sind geographisch keineswegs gleichmäßig verteilt, sondern sind besonders dort zu spüren, wo die Menschen am verletzlichsten sind.

Anja Schüler: In Euren aktuellen Forschungsprojekten seid Ihr vor allem New Orleans und in Washington, D.C., unterwegs. Was könnt ihr von dort berichten, Judith, was hörst Du aus New Orleans?

Judith Keller: Was bei dem Fokus der Berichterstattung auf New York verloren geht, ist, dass es durchaus noch andere Epizentren des Virus gibt. New York führt zwar die traurige Statistik bei weitem an, aber das Virus greift besonders in den großen Metropolregionen um sich, in denen die Menschen relativ nahe beieinander wohnen. Besonders betroffen sind dabei die Ballungszentren im Nordosten und auch im Mittleren Westen. Leider gehört auch New Orleans, bzw. der gesamte Bundesstaat Louisiana, zu den Epizentren des Virus. Auch hier sind die Zahlen der Infizierten und Toten sehr hoch und liegen deutlich über dem Durchschnitt der USA. So gibt es 688 Infizierte auf 100.000 Einwohner (in NY sind es 1.723 auf 100.000!), und die Sterberate liegt in Louisiana bei 7 %, ist also fast so hoch wie in NY mit 8 %.

Ulrike Gerhard: Und dennoch hören wir fast nie etwas in den Nachrichten aus New Orleans. Hier wurde schon im März eine große Welle von Infektionen durch die Mardi Gras Feierlichkeiten ausgelöst, das ist die New Orleans'sche Version von Karneval. New Orleans also das Heinsberg Amerikas? Nicht ganz. Das Problem war, dass man in New Orleans überhaupt nicht auf das Virus vorbereitet war; man ging in der Karnevalswoche Ende Februar noch davon aus, dass das Virus etwas war, das sich nur im Ausland abspielte. Da die Angestellten in Krankenhäusern nicht ausreichend informiert waren, wurden auch viele Menschen, die Symptome zeigten, wieder in die Feierlichkeiten entlassen. So schossen hier nach Mardi Gras die Zahlen in die Höhe; zeitweise lagen sie vor New York, aber man hat die Situation nun zum Glück etwas unter Kontrolle bekommen und verzeichnet nur noch wenige Neuinfektionen.

Anja Schüler: Um bei New Orleans zu bleiben: den Karneval habt Ihr schon angesprochen, aber welche weiteren Faktoren gibt es, die die Stadt besonders verletzlich machen?

Judith Keller: Im Gegensatz zu New York ist die Infrastruktur und besonders die Gesundheitsversorgung in Louisiana extrem marode. Schon vor der Krise war das System an vielen Stellen komplett überlastet.

Anja Schüler: Und was sind die Gründe dafür?

Judith Keller: Da sind zum einen die ökonomischen Faktoren. New Orleans ist seit vielen Jahrzehnten von wirtschaftlichem Abschwung geprägt. Die NASA und die Ölindustrie sind nach Houston gezogen, der ehemals große Hafen ist auch nicht mehr so ertragreich wie einst. Viele Menschen in New Orleans leben also vom Tourismus und befinden sich in höchst prekären Arbeitsverhältnissen. Die Bevölkerung in New Orleans ist überdurchschnittlich arm, 25% leben unter der Armutsgrenze. Von Armut sind dabei vor allem Afroamerikaner und Kinder betroffen. Der Anteil der Schwarzen beträgt in Louisiana 35 % der Bevölkerung, unter den Coronainfizierten bzw. den Gestorbenen aber stellen sie 70 %! Manche Menschen sind hier so arm, dass sie sich keine Versicherungen, Gesundheitsvorsorge, Corona Tests oder Medizin leisten können. 8 % der Bevölkerung ist gar nicht krankenversichert. Und durch Corona wird diese Situation weiter verschärft: Da viele Menschen in New Orleans in Servicejobs arbeiten, die derzeit nicht gebraucht werden, ist davon auszugehen, dass die Zahl der Arbeitslosen, die sich in den letzten Wochen schon drastisch erhöht hat, noch weiter ansteigen wird, ihnen aber die Mittel fehlen, sich zu schützen oder angemessen behandeln zu lassen.

Ulrike Gerhard: Da es der Stadt schon seit langem wirtschaftlich schlecht geht, gibt es auch kaum Investitionen in die Infrastruktur. Wenn investiert wird, dann nur in den Vierteln, die von Touristen besucht werden (also beispielsweise das berühmte French Quarter) oder dort, wo die wohlhabenden und bekannten Gesichter der Stadt ihr Zuhause haben. Vielen Viertel fehlt es also am Nötigsten: Einkaufsmöglichkeiten, Apotheken, Nahverkehrsverbindungen, oder sauber geteerte Straßen und Straßenbeleuchtungen. In einem Viertel, in dem wir uns den Wiederaufbau nach dem Hurrikan Katrina in den letzten Jahren genauer angeschaut haben, sieht es genauso aus: Im sogenannten Lower 9th Ward kann man weder sicher auf dem Gehweg laufen noch, ohne kräftig durchgeschüttelt zu werden, mit dem Auto fahren; viele Grundstücke und Häuser sind noch heute, 15 Jahre nach dem Hurrikan, verwaist oder dienen als Müllgruben oder für sonstige illegale Aktivitäten. Es gibt auch keine Restaurants, Supermärkte, Waschsalons, oder ähnliches. In dem einzigen Geschäft des Viertels kann man ein paar Grundnahrungsmittel kaufen, aber keine frischen Produkte. Die ÖPNV-Verbindung wurde nach Hurrikan Katrina auf ein Minimum beschränkt. Also, wer kein Auto hat (und das

sind hier rund 30% der Bewohner), hat kaum eine Möglichkeit, sich gut zu versorgen und nun auch in Zeiten der Krise nötige Vorkehrungen zu treffen. Ob es dort beispielsweise Masken zu kaufen gibt, weiß ich nicht!

Judith Keller: Ein weiteres Problem ist die große Anzahl an Obdachlosen in der Stadt. Da es in New Orleans das ganze Jahr über warm ist, gibt es ganze Zeltstädte von Obdachlosen unter den Autobahnbrücken, die die Stadt durchkreuzen. Hier sind viele Menschen dem Virus ohne jeglichen Schutz ausgeliefert. Sie haben gar keine Möglichkeit, Hygienestandards einzuhalten oder Social Distancing zu betreiben.

Anja Schüler: Welche Maßnahmen werden denn in New Orleans überhaupt ergriffen?

Judith Keller: Wir haben viele Kontakte in New Orleans, die sich zunächst über fehlende Maßnahmen beschwert haben. Inzwischen wurden immerhin mehrere öffentliche Angebote für die Bewohner in Zeiten von Corona eingerichtet. Es gibt eine Art Tafel für Lebensmittel und eine Beratungsstelle für Menschen mit psychischen Problemen. Doch wie so oft, wenn es in den USA eine Krise gibt, appelliert der Staat an die Selbstverantwortung bzw. Nächstenliebe der Menschen und den Zusammenhalt der Nation. Wir meinen, auch um seine eigene Ohnmacht zu kaschieren. In New Orleans hat dieser Aufruf für viel Ärger gesorgt, wie eine Aktivistin, mit der wir im Kontakt stehen, berichtet:

“I am not being a foot soldier for the Mayor or City Council with their call for community activists (...) Also, our Mayor still has not set foot in our neighborhood--and her office will not answer calls from me for months.”

Und dennoch, so berichtet dieselbe Aktivistin mir in einer E-Mail wenige Tage später, hat sie mit einigen Nachbarn dafür gesorgt, dass in ihrem Viertel nun einige der notwendigen Beschränkungen eingehalten werden.

“My neighbors and I have tried every way we know to mitigate a local COVID-19 hazard. There is a group of people selling drinks and shrimp boil in our neighborhood next to a gutted house. (...). There are no permits, no power, no water, no sanitary facilities except for an unserviced portalet. (...) There is no physical distancing. No sanitation. Children are sometimes running free. Now some people are crowding into the gutted home.“

Aber damit befindet sie sich in einer Zwickmühle, wie sie berichtet. Für einige Menschen, in diesem sehr armen Viertel, sind die informellen Strukturen, die sich nun entwickelt haben, also der Verkauf von Trinken und Essen, überlebenswichtig und gleichzeitig in Zeiten von Corona auch lebensbedrohlich.

Anja Schüler: Und wie sieht es in Washington, D.C. aus? In den deutschen Nachrichten stehen die Korrespondenten ja zumeist vor dem Kapitol oder dem Weißen Haus.

Ulrike Gerhard: Auch in Washington ist der Konflikt um Wohnraum und die zunehmenden urbanen Ungleichheiten stark ausgeprägt. Hier vor allem auch deshalb, weil die Stadt seit zwei Jahrzehnten richtig boomt – und somit immer teurer wird. Sie ist längst nicht mehr das globale Dorf, als das sie lange Zeit galt, ähnlich wie Bonn in Deutschland. Hier steigen die Wohnraumpreise stetig, immer mehr Menschen ziehen in die Stadt oder in die Region und verdrängen die ansässige Bevölkerung. Jahrzehntlang war Washington nämlich eine Stadt mit einer afro-amerikanischen Mehrheit. Das hat sich in jüngster Zeit umgekehrt und ist ein Zeichen dafür, dass Verdrängung stattfindet. So wurde in der Innenstadt ein luxuriöses City Center als PPP eingerichtet, die Wohnviertel um das Kapitol sowie nördlich der Federal Mall sind durchgehend gentrifiziert und Luxusapartments schießen nur so aus dem Boden. Die Frage aber ist, wohin ziehen die ehemaligen Bewohner*innen, wenn sie sich die Stadt nicht mehr leisten können? Sie konzentrieren sich in bestimmten Stadtvierteln oder werden nach Süden und Südosten verdrängt, in den Stadtteil Anacostia oder den benachbarten Prince Georges County. In dieser angespannten Lage fürchten also ohnehin schon viele, dass sie bald aus ihren Wohnungen verdrängt werden, da sie sich die immer weiter steigenden Mieten nicht mehr leisten können. Corona ist nun der Tropfen, der für vielen Familien das Fass zum Überlaufen bringen wird.

Anja Schüler: Könnt Ihr diesen Zusammenhang etwas konkreter aufzeigen?

Ulrike Gerhard: Ja, da sind zuerst einmal die ganz konkreten Zahlen: Im sogenannten Ward 8, also der Stadtbezirk südöstlich des Anacostia-Flusses, in dem 90 % der Bewohner Afro-Amerikaner sind, gibt es rund 900 Infizierte. Die Todesrate liegt bei 8 %. Im wohlhabenden Ward 2 dagegen, in dem genauso viele Menschen leben, der Anteil der Afro-Amerikaner aber nur bei 9,6 % liegt, gibt es lediglich halb so viele Fälle, und auch die Todesrate bei den Infizierten liegt um die Hälfte unter der im Süden. Ich finde, das ist ein dramatischer

Unterschied, wobei es natürlich noch nichts direkt über die Ursachen aussagt. Aber dazu könnte man nun noch eine weitere Statistik heranzuführen: Bei den weißen Bewohnern von D.C. liegt die Todesrate der Infizierten bei 11 %. Und wie sieht sie bei der afroamerikanischen Bevölkerung aus? 81 % der Infizierten sterben!

Wenn man sich Berichte über Anacostia anschaut, dann sind dort die Zustände desaströs. Corona wird als "Monster" beschrieben und ein Betroffener wird in der *Washington Post* folgendermaßen zitiert:

"We've been suffering from people dying in Ward 8 for the last 30, 40 years," he fumed, listing the reasons: diabetes, high blood pressure, asthma, suicide, homicide. "It's always people of color dying in the city. It's not nothing new."

Es handelt sich hier also um eine doppelte Bedrohung und Diskriminierung der armen und afroamerikanischen Bevölkerung. Die Angst, infiziert zu werden und dann nicht ausreichend Hilfe zu erhalten, ist sehr real. Sie ist viel größer in den Stadtteilen, die von dem Boom der Hauptstadt nur wenig profitieren und eine völlig andere Geschichte erzählen als der schicke Nordwestteil der Stadt.

Anja Schüler: Judith, du hast Kontakt zu einer Krankenschwester, die in einem Krankenhaus in Washington, D.C., arbeitet. Was berichtet sie von der Lage dort?

Judith Keller: Tatsächlich beschreibt sie kaum vorstellbare Zustände in ihrem Alltag und in ihrem Krankenhaus. Schon der Weg zur Arbeit ist für sie seit Corona die erste Herausforderung. Sie lebt in einem Suburb direkt außerhalb des District of Columbia und damit in Virginia, daher muss sie jeden Tag die Grenze zu D.C. passieren. Hier gibt es nun quasi Grenzkontrollen, und man muss eine Genehmigung vorzeigen. Im Krankenhaus ist die Lage sehr angespannt. Vor etwas zwei Wochen hatte sie ihre ersten Coronapatienten und ist nun direkt mit der Krankheit konfrontiert. Bisher geht es ihr gesundheitlich gut, aber sie hat auch Kolleg*innen, die sich schon infiziert haben. Außerdem ärgert sie sich über das amerikanische Gesundheitssystem. Die Tests, so hat sie mir erzählt, sind so teuer, dass man sie sich als Normalverdiener überhaupt nicht leisten kann – geschweige denn als Arbeitsloser! Wer dann keine Krankenversicherung hat, bekommt auch keinen Test und schlimmstenfalls eben auch keine Behandlung.

Aber um auch mal eine erfreuliche Anekdote einfließen zu lassen: Letzte Woche bekam ich ein Bild von ihrem Frühstück zugeschickt, das die Deutsche Botschaft gesendet hat als Teil einer Aktion, bei der unterschiedliche in der Hauptstadt ansässige Institutionen dem Krankenhauspersonal etwas Gutes tun wollen. So kleine Gesten sind in dieser Zeit einfach enorm wichtig! Sie hat sich sehr gefreut und beschreibt eine Form von Solidarität mit dem Krankenhauspersonal, wie ich sie in Deutschland bisher noch nicht wahrnehme oder die sich bei uns zumindest weniger in solchen Gesten niederschlägt.

Ulrike Gerhard: Gleichzeitig wird übrigens der Umgang mit Corona in Deutschland in den USA sehr aufmerksam verfolgt und als vorbildlich angesehen. Angela Merkel wird geradezu als "Heilige" verehrt, da sie so rational wie eine echte "Wissenschaftlerin" (die sie ja auch ist) agiert und im positiven Sinne autoritär durchgreift. Ganz im Gegenteil zum erratischen Handeln von Donald Trump, dessen Umfragewerte ja in den letzten Wochen doch deutlich zurückgegangen sind.

Anja Schüler: Und was bedeutet das nun für Entwicklung von Städten? Was können Eure Forschungen aufzeigen?

Ulrike Gerhard: Wir sehen gerade in den Städten, wie vulnerabel die amerikanische Gesellschaft ist. Die strukturellen Ungleichheiten, die zwischen den Städten, aber eben auch innerhalb der Städte auf der Nachbarschaftsebene bestehen, erzeugen ein Klima des Misstrauens zwischen Bewohnerschaft und Staat. In den ökonomisch abgehängten, meist von Afro-Amerikanern bewohnten Nachbarschaften haben die Menschen schon so oft erlebt, dass man sie ausschließt, diskriminiert, übergeht oder einfach vergisst. Sie haben das Gefühl, sich nicht mehr auf die Stadt verlassen zu können. Es gibt kaum mehr Vertrauen in eine Regierung, auch auf der städtischen Ebene, die sich um ihre Angelegenheiten kümmert. Sie hat sich auch in der Vergangenheit schon zu oft von den Schwächsten der Gesellschaft abgewendet.

Judith Keller: Der Schock von Hurrikan Katrina zum Beispiel oder auch der jüngst erfolgte Abriss eines ganzen Wohnviertels der öffentlichen Hand in D.C., der Siedlung Barry Farm in Anacostia, haben dieses Vertrauensverhältnis weiter zerstört. Es ist daher in Krisenzeiten besonders schwer, die nötigen Maßnahmen für alle verständlich zu kommunizieren und auch umzusetzen. Wenn kein Vertrauen in die Stadt, in die Regierung besteht, zieht sich die Bevölkerung immer mehr zurück. Es herrscht eine Atmosphäre des Misstrauens, nicht gehört zu werden. Man hilft sich zwar noch auf Nachbarschaftsebene oder wohlwärtige Akteure

springen ein, der Staat aber als autoritäre Kraft, die beschützt und hilft, ist verloren gegangen. Das finden wir in vielen urbanen Entwicklungen der USA auch jenseits von Corona.

Anja Schüler: Eine Frage noch zum Schluss: Was könnt ihr als Stadtgeografinnen und Amerikaforscherinnen aus diesen Beispielen ableiten und vielleicht auch empfehlen?

Judith Keller: Was wir durch unsere Arbeit zeigen wollen ist, dass die beschriebenen Probleme nicht erst durch Corona entstanden sind, sondern tief in der amerikanischen Wirtschaft und Gesellschaft verankert sind. Was wir anhand von New Orleans und Washington, D.C., beschrieben haben, steht symptomatisch für die strukturelle Spaltung der USA. Durch Corona werden die Defizite des amerikanischen Systems nun ein weiteres Mal offengelegt. Das geht hin bis zu den Schulen, die die ungleichen Bedürfnisse der Schülerinnen und Schüler im Home Schooling noch weniger ausgleichen können als bei uns. Die Public Schools sind mit dieser Situation völlig überfordert und haben ihren Unterricht bis zum Sommer mehr oder weniger ganz eingestellt. Denn sie wissen um die ungleichen Bedingungen zu Hause bei den Schülern, die die Bildungschancen noch stärker separieren, Sie machen daher "korrekterweise" lieber zu, um dem Anspruch von „Equality“ gerecht zu werden.

Ulrike Gerhard: Und diese Missstände versuchen wir mit Hilfe der Stadtgeografie aufzudecken und auch anzugehen, indem ein Bewusstsein für eine gerechtere oder bessere Stadtplanung geschaffen wird. Nun dann können wir wieder von einem „Land of Equality“, wie es der Titel unseres Podcast verkündet, sprechen.

Anja Schüler: Ganz herzlichen Dank, Ulrike Gerhard und Judith Keller, für dieses Gespräch, in dem auch klargeworden ist, wie sehr die soziale Ungleichheit in der amerikanischen Gesellschaft verwurzelt ist. Das war der Podcast des Heidelberg Center for American Studies an der Universität Heidelberg. Mein Name ist Anja Schüler, und ich verabschiede mich für heute mit Dank an Julian Kramer für die Technik und Thomas Steinbrunner für die Musik. Wenn Sie mögen, hören wir uns nächste Woche wieder. Dann wird hier der ehemalige Präsident der Weltbank, Robert Zoellick, zu Gast sein, und wir werden der Frage nachgehen, wie die Welt in der Coronakrise auf die USA blickt. Bis dahin - bleiben Sie gesund.